

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bieteljährlicher Abonnementspreis 0,65 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Sticht-Bundesrat)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4724.

Nr. 9.

Berlin, Sonnabend, 29. Januar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Wirkungen der agrarischen Zollpolitik. — Gewerkevereinsarbeit im Saargebiet. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen.

## Wirkungen der agrarischen Zollpolitik.

Die unter dem Reichsfanzler Caprivi so glücklich begonnene Handelsvertragspolitik ist unter seinen dem Drängen der Agrarier nachgebenden Nachfolgern immer mehr auf Wege gebracht worden, die den deutschen Volksinteressen nicht dienlich sind. Andere Staaten, mit denen Deutschland in Handelsbeziehungen steht, sind dem gegebenen schlechten Beispiel gefolgt und haben ihrerseits gleichfalls Zollerhöhungen vorgenommen oder planen solche, die einem Einfuhrverbot gleich zu achten sind. Die großen Schwierigkeiten, die sich augenblicklich hinsichtlich der Regelung der deutschen Handelsbeziehungen zu Portugal und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ergeben, reden hierfür eine deutliche Sprache. Der neue französische Zolltarif, der am 31. März d. J. in Kraft treten soll, richtet seine Haupttippen gegen Deutschland. Deutsche Produkte, die in gleicher Art in Frankreich nicht hergestellt werden, so daß man also von Schutzzöllen im eigentlichen Sinne nicht sprechen kann, sind mit übermäßig hohen Einfuhrzöllen belegt worden, und die deutsche Industrie wird weiter schwere Schädigungen zu verzeichnen haben. Die Anekdoten der Kaufmannschaft von Berlin äußern sich hierzu in ihrem Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1909: „Mit denselben Zollmauern, wie wir, umgeben sich auch die anderen Staaten, oder vielmehr sie übertrumpfen uns in dieser Beziehung.“ Der Jahresbericht der Berliner „Anekdoten“ legt deshalb die Frage nahe, ob ein Fortschreiten auf dieser Bahn überhaupt noch möglich, und ob nicht ein Einhalten und Abbauen im Interesse aller Völker liegen würde. Er weist weiter darauf hin, daß die Zollerhöhungen, die vom Auslande entweder geplant, oder schon ausgeführt sind, zum Teil, wenn nicht absichtlich gegen uns gerichtet, jedenfalls vorzugsweise gerade unsere Industrie treffen, wie wir denn in der Geschichte der Schutzollbewegung wiederholt auf die Tatsache stoßen, daß die fremden Länder ihre Schutzollerhöhungen mit dem Hinweis auf Deutschlands Vorgehen begründet haben.

Die Wirkungen der zurzeit gültigen Handelsverträge auf die deutsche Industrie kommen recht deutlich in den Jahresberichten der Handelskammern und ihnen gleichstehenden Körperchaften zum Ausdruck. Einige Proben werden dies bezeichnen. Schon in dem Jahresbericht des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft in Königsberg für das Jahr 1906 hieß es:

„Es ist keine Frage, daß die neuen Tarifverträge die Lage des Außenhandels und der Industrie erschweren, denn fast sämtliche Staaten haben das Beispiel Deutschlands nachgemacht. Ueberall treten die Erhöhungen der Zölle gegen fremden Wettbewerb hervor. . . . Insbesondere ist zu befürchten, daß die Verteuerung der Lebensmittel durch unseren neuen Zolltarif und die durch sie verschärften Arbeiter-schwierigkeiten dem Handel wie der Industrie Deutschlands mit der Zeit schwere Nachteile bereiten werden.“

Die Handelskammer Karlsruhe urteilte in ihrem Jahresbericht für 1908: „Der Export nach dem Auslande ist fast allenthalben zurückgegangen.“ Ebenso konstatierte der Jahresbericht der Handelskammer Sagan für 1908 die verhängnisvolle Wirkung der neuen Handelsverträge auf die Ausfuhr der wichtigsten Industriezweige des Bezirks. Anfanglich, als der gleichmäßig

starke Begehr des heimischen Marktes die Erzeugnisse der Industrie noch willig aufnehmen konnte, sei die wirtschaftliche Lage noch in aufsteigender Kurve gewesen.

„In demselben Augenblicke aber, wo die Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes zu versiegen anfang, begann sich die nachteilige Wirkung der Handelsverträge in ihrer vollen Schärfe fühlbar zu machen. . . . Der Export einzelner Industriezweige, wie die der Wollwaren und der Spezialmaschinen, . . . ist teilweise vollständig vernichtet worden. . . . Die Tuchindustrie klagt weiter über den starken Rückgang des Exports.“

Gleich ungünstig lautete das Urteil der Handelskammer Ludwigshafen in ihrem Jahresbericht für 1908, und in dem Tätigkeitsbericht des Vereins der Märkischen Klein-Eisenindustrie für 1908 hieß es:

„Im Außenhandel zeigten sich bei der Suche nach neuen Absatzmöglichkeiten die durch die neuen Handelsverträge geschaffenen Schwierigkeiten. Bei den ungenügenden niedrigen Preisen fielen die hohen Zölle der Vertragsstaaten schwer ins Gewicht, wodurch dem deutschen Ausfuhrhandel große Opfer auferlegt wurden.“

Der Papierindustrieverein klagt in seinem Jahresbericht gleichfalls über die schädlichen Wirkungen der neuen Handelsverträge. Die Ausfuhr sei zurückgegangen. Insbesondere sei dies nach den Ländern der Fall gewesen, mit denen Deutschland im Handelsvertragsverhältnis steht. Der Schaden, der die deutsche Papierindustrie treffe, sei ein doppelter. Einmal geht der Export aus Deutschland zurück, und zweitens wird die ausländische Industrie durch den erhöhten Zollschutz gestärkt und konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt. Die Handelskammer zu Erfurt schrieb:

„Man hört oft die Frage, ob die deutsche Regierung immer die ihr zu Gebote stehenden Mittel anwendet, um die Interessen des deutschen Handels dem Auslande gegenüber wahrzunehmen. Diese Frage wird nicht überall bejaht.“

Zu den Schwierigkeiten, die durch die verkehrte Schutzollpolitik der Industrie bereitet worden sind, kommt noch als weiteres, das für die deutschen Arbeiter besonders ins Gewicht fällt, daß ein Teil der Industrie über die Grenze ins Ausland gedrängt wird. Die Handels- und Gewerkevereine für Mittelranken in Nürnberg urteilten über diese Auswanderung sehr treffend. Sie brauche sich nicht notwendig in der Weise zu vollziehen, daß inländische Betriebe im Inlande verschwinden, um im Auslande wieder aufzutauhen, oder so, daß inländische Unternehmer sich ins Ausland begeben, um statt in Deutschland dort neue Betriebe zu errichten. In vielen Fällen wird vielmehr nur die Produktion eines einzelnen oder mehrerer Spezial-Artikel nach dem Auslande verlegt werden. Vielfach wird auch die Tatsache einer erfolgten „Auswanderung“ gar nicht deutlich hervortreten, nämlich dann, wenn sich inländische Unternehmer an ausländischen Fabriken mit Kapital beteiligen; Abziehen von diesen Fällen ist aber tatsächlich bereits eine Auswanderung der Industrie eingetreten. Schon bald nach dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge, sogar bereits vor diesem Zeitpunkt konnte festgestellt werden, daß ein Teil der deutschen Industrie vorliegend oder den Folgen der Handelsverträge nachgebend, in das Ausland abgewandert war. Der Jahresbericht des Vereins für die bergbauartigen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund und Schriebe im Jahre 1906: „Die Beschränkungen, welche an die vielfachen mit der Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse verbundenen Zollerhöhungen in den ausländischen Tarifen geknüpft worden sind, haben sich leider schon in einem gewissen Umfange durch teilweise Auswanderung deutscher Industrien als begründet er-

wiesen.“ Die Handelskammer Bonn antwortete im Jahre 1907 auf eine Rundfrage des preussischen Handelsministers, mehrere industriellen Betriebe ihres Bezirks seien schon jetzt dazu übergegangen, gewisse Artikel in den besonders in Betracht kommenden Ländern herzustellen oder herstellen zu lassen, oder aber sie hätten ihre schon im Auslande bestehenden Zweigniederlassungen erweitert. Die Handelskammer Friedberg (Hessen) antwortete auf dieselbe Rundfrage, daß eine angesehenen Fabrik ihres Bezirks in Hinsicht auf die neuen Zollverträge je eine Filiale in Oesterreich und in der Schweiz errichtet habe und demnächst noch eine Filiale in Wien errichten werde. Und die Handelskammer Zittau sprach sich in ihrem Jahresbericht dahin aus, daß bald der Zeitpunkt gekommen sein wird, in welchem geübliche Unternehmer die Frage prüfen, ob sie genötigt sein werden, ihren Betrieb ganz oder teilweise nach dem Auslande zu verlegen, sei es, weil ihnen im Auslande kein ausreichendes Absatzfeld geblieben, oder weil die erhöhten Zölle des Auslandes die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse unterbunden haben.

Diese Beispiele dürften genügen. Die deutsche Zoll- und Handelsvertragspolitik nach der Caprivischen Ära ist eine schlechte geworden. Es wird abzuwarten sein, ob die Verbündeten Regierungen die Lehren der jetzigen Zeit zu ziehen verstehen, oder ob sie bei der in einigen Jahren zu erwartenden neuen Beratung des Zolltarifs auch fernerhin Schleppenträger des Agrariertums sein werden.

## Gewerkevereinsarbeit im Saargebiete.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in der Nr. 14 des vorigen Jahrgangs über die von dem dortigen Verbandssekretariat in den ersten 5 Monaten seines Bestehens geleistete Arbeit und erzielten Erfolge. Trotz kleiner Änderungen kann die damals gegebene Schilderung der Zustände im Bezirke auch heute noch als zutreffend angesehen werden.

Im vorigen Berichte konnten wir konstatieren, daß die Mitgliederzahl eine verhältnismäßig gute Zunahme aufzuweisen und dadurch der bis zum Amtsantritt des Sekretärs im August 1908 bemerkbare Rückgang aufgehört hatte. Auch in der ersten Hälfte des Jahres 1909 dauerte dieser Aufschwung noch an. Seit August 1908 weisen eine Zunahme auf die Maschinenbauvereine Saarbrücken I um 30 Prozent, Saarbrücken II um 60 Prozent, Dillfingen um 75 Prozent, Rombach um 50 Prozent, Stahlheim und Wallingen um 100 Prozent und der Ortsverein der graphischen Berufe und Maler in Saarbrücken um 130 Prozent. Der letztgenannte Verein ist am Jahres-schluß infolge der winterlichen Arbeitslosigkeit wieder etwas zurückgegangen. Immerhin steht keine Mitgliederzahl noch um etwa 70 Prozent höher als im August 1908. In Rombach, Wallingen und Stahlheim ist ebenfalls seit dem Streik im Juli 1909 ein Rückgang eingetreten infolge der vielen Bezüge, die sich bei den Nichtwiedergestellten notwendig machten. Von einem Rückgang im allgemeinen kann indessen in diesen Fällen nicht gesprochen werden, da dieser Verlust anderen Bezirken wieder zugute kommt. Leider allerdings muß auch gesagt werden, daß einige Vereine nicht nur keine Zunahme, sondern einen Rückgang zu verzeichnen hatten. An Neuaufnahmen hat es dabei nicht gefehlt; mehr als 400 sind zu verzeichnen. Die Gewonnenen sind nur infolge mangelnder Nacharbeit und da es an einem richtigen System der Beitragskassierung fehlt, nicht bei der Organisation geblieben. Hier muß Wandel geschaffen und auch die Sausagebietung

energischer betrieben werden. Alles in allem haben wir trotz der Neuaufnahmen am Ende des Jahres 1909 keinen neuenswerten Fortschritt der Mitgliederzahl erreicht.

Die verschiedenen Unterstützungsanstalten wurden stark in Anspruch genommen, so daß der Bezirk mit seinen Einrichtungen eben seine eigenen Unkosten deckt. Die Kosten des Sekretariats gehen ganz zu Lasten der Gesamtorganisation. Auch die meisten anderen Gewerkschaftsrichtungen in diesem Revier arbeiten mit laufenden Zuschüssen. Das wird sich auch so leicht nicht ändern. Eine Ausnahme bildet vielleicht der christliche Bergarbeiterverband, weil die auf den Staatsbergwerken beschäftigten Arbeiter mit dieser Organisation noch keine Bewegung durchgeführt haben. Doch ist die Arbeit für die Agitation auch diesem Verbands ungeheure Kosten verursacht, da früher der Beitrag nur ein sehr geringer war. Seit der Beitragsserhöhung ist denn auch die Mitgliederzahl stark zurückgegangen.

Was die von unserem Sekretariat geleistete Arbeit der 17 Monate langen Berichtszeit anbelangt, so seien folgende Zahlen angegeben: Vertretungen waren 21 nötig, davon 5 an Gewerkschaften, 4 an Schiedsgerichten für Arbeiterverhörung, 3 an Amtsgerichten und 6 bei anderen Behörden. Bollen Erfolg hatten 5, einen teilweisen 10, und ohne Erfolg waren 6. 2 Vertretungen wurden von Kollegen mit teilweise Erfolge ausgeführt. Von den am Reichs-Versicherungsamt abhängig gemachten 7 Refusen hatten 2 Erfolg, 3 waren ohne Erfolg und 2 sind noch nicht entschieden. Schriftstücke wurden 189 angefertigt. Davon betrafen die Arbeiterversicherung 56, Arbeits- und Dienstvertrag 47, bürgerliches Recht 47, Strafrecht 9, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 12, Arbeiterbewegung u. a. 13. Die Zahl der Auskünfte belief sich auf 1769. An männliche Personen wurden 1705, an weibliche 64 erteilt. Was die Organisation der Auskunftsstellen anbelangt, so waren 1433 organisiert, 336 unorganisiert. Den Gewerkschaften gehörten davon 1322, den sozialdemokratischen Gewerkschaften 44, den christlichen Gewerkschaften 52 und sonstigen Organisationen 15 an. 95 Auskünfte wurden an Behörden, Bekannte, Arbeitersekretäre und andere erteilt. Die anderen verteilten sich folgendermaßen: an Bittensarbeiter 463, sonstige Metallarbeiter 330, Bauhandwerker 154, Bergarbeiter 139, Handlungsgehilfen und Privatangestellte 128, sonstige Berufe und Selbständige 460. Auf das Gebiet der Arbeiterversicherung entfielen 267 Auskünfte, auf den Arbeits- und Dienstvertrag 307, auf das bürgerliche Recht 273, auf das Strafrecht 70, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 153, Arbeiterbewegung usw. 699 Auskünfte.

Die Gesamtsumme der durch die Vertretungen usw. gewonnenen Gelder betrug, soweit darüber Angaben gemacht wurden und Berechnungen überhaupt möglich sind, 1513 Mark. An Vertretungen, auswärtigen Sprechstunden, Sitzungen usw. nahm der Beamte 480 mal teil.

Auch die Bearbeitung der Briefe ließ sich der Sekretär angelegen sein. Dabei muß leider bemerkt werden, daß uns nicht wie den christlichen Verbänden eine größere Zahl von Zeitungen zur Verfügung steht. Trotzdem sind nicht weniger als 97 Notizen über unsere Bewegung erschienen. Dazu wurden 55 000 Flugblätter, Bekanntmachungen, Broschüren usw. meist vom Beamten selbst, zum Teil unter Anziehung der notwendigen Hilfskräfte verteilt. Außerdem verurichten die Einladungen, Mitteilungen usw. an Mitglieder, die fotografieren werden mußten, eine Fülle von Arbeit.

Auch die zu erledigende Korrespondenz war verhältnismäßig umfangreich. Nicht weniger als 1081 Einzgänge und 1082 Ausgänge sind zu verzeichnen, wobei die Zeitungen und sonstigen Druckfachen noch nicht einmal mitgerechnet sind. Alles in allem kann konstatiert werden, daß auch auf den saarabälischen Verbandsekretär zutrifft, was so mancher Arbeiterbeamte von sich sagen kann, daß gerade die für kurze Arbeitszeit und sonstige auten Arbeitsverhältnisse kämpfenden selbst meist stark ausgenutzt werden und oft die längste Arbeitszeit haben.

Wenn auch die Mitgliederzunahme nicht die erhoffte war, so darf doch festgehalten werden, daß wir uns im Saarrevier, wo vorher durch innere und äußere Schwierigkeiten alles zerfallen und niederbrach, eine achtunggebietende Position errungen haben. Mitglieder unserer Vereine sind jetzt in sechs verschiedenen Krankenkassen in der Generalkommunion, in drei auch im Saarrevier vertreten. Ein Kollege ist Mitglied am Saarbrücker Gewerkschaftsrat und ein Mitglied des Ortsvereins der graphischen Berufe Gehilfenver-

treter bei der Handwerkskammer in Trier; dieser Kollege ist auch in der Schlichtungskommission des Tarifamts tätig. In mehreren zum Saarverband gehörenden evangelischen Arbeitervereinen sind Gewerkschaftsmitglieder im Vorhanden.

Freilich sind diese Erfolge nicht alle auf die Tätigkeit des Sekretärs zurückzuführen. Dankend sei anerkannt, daß manche Kollegen nach besten Kräften mitgewirkt haben. Andererseits aber muß bedauernd hinzugefügt werden, daß einige der Bioniere saarabälischer Gewerkschaften sich nicht mehr, als es wünschenswert ist, von der Tätigkeit zurückgezogen haben. Wollten wir unsere Stellung in diesem dunklen Winkel halten und festigen, so wollen wir vorwärtskommen und für die kommenden Aufgaben gerüstet sein, dann muß auch der letzte Mann antreten und seine Schuldigkeit tun.

Die Kosten des Sekretariats für die Verbandskasse sind erhebliche gewesen. Der bevorstehende Verbandstag hat nunmehr darüber zu entscheiden, ob und in welcher Form das Sekretariat in der Zukunft weiter bestehen soll. Die Mitglieder des Bezirks könnten sehr wohl mit einem kleinen Beitrag zu den Kosten herangezogen werden, vorausgesetzt, daß keiner der beteiligten Generalkräfte Schwierigkeiten macht. Ganz ohne Zuschuß wird es aber trotzdem mit Rücksicht auf den verhältnismäßig geringen Mitgliederstand nicht zu halten sein. Auf keinen Fall darf das dunkle Land in Zukunft ohne einen Zentralpunkt der Gewerkschaften, den Konkurrenzverbänden roter und schwarzer Couleur überlassen werden. Sachlich oder persönliche Veränderungen mögen zweckmäßig sein, eine völlige Aufgabe des Postens aber würde die Arbeit zweier Jahre vernichten, und früher oder später müßte ein anderer noch einmal dort anfangen, wo wir im August 1908 eingestiegen haben, wenn nicht der damals aufrecht erhaltene Rückgang inzwischen noch größer geworden. Das Saarrevier ist nun einmal ein harter Boden und erfordert zu seiner Bearbeitung große Opfer. Es ist aber auch ein Zukunftsbereich, in dem Massen, die jetzt noch unorganisiert dastehen oder gelben Vereinen angehören, für die Organisation zu gewinnen sind. Nichts wäre deshalb verfehlter, als die Preisgabe des Sekretariats gerade in der jetzigen Zeit, wo alles wieder aufatmet. Wir Gewerkschafter sind es uns selbst schuldig, hier im überwindlichen Industriegebiete auch ferner auf dem Posten zu sein. Eher müßte noch mehr geleistet werden als bisher; denn ein großes Feld erfordert großes Kapital zur richtigen Erschließung. N. E.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 28. Januar 1910.

Den Arbeitersekretariats, Rechtsankunftsstellen und Auskunftsstellen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind vor einiger Zeit die Fragebogen zur Statistik für das Jahr 1909 zugeandt worden. Es wurde dabei um Rücksendung der ausgefüllten Bogen bis spätestens 15. Februar erlitten. Wir wiederholen heute diese Bitte und erfinden die Kollegen, die Ausfüllung und Rücksendung der Fragebogen so schnell wie irgend möglich zu erledigen.

Die grobe Mißachtung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes, die sich vielfach die Behörden zuzuschulden kommen lassen, gibt hier und da sogar Zeitungsverlegern den Mut, sich über die gesetzlichen Vorschriften hinwegzusetzen. Das mußte in diesen Tagen unser Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt in der kurhessischen Kreisstadt Wilsenhausen erleben. Er wollte dieselbst in öffentlicher Versammlung einen Vortrag über das Thema: „Rücktrittliche Politik in fortschrittlicher Zeit“ halten. Der Besitzer des Kreisblattes, der gleichzeitig verantwortlicher Drucker, Redakteur und Verleger ist, lehnte jedoch die Aufnahme des Versammlungsinhalts ab, obwohl sein Blatt für Wilsenhausen als einziges Anzeigenblatt für öffentliche Versammlungen gemäß den Ausführungsbestimmungen zum Vereinsgesetz vom Landrat bestimmt ist. Seine Ablehnung begründete er mit der wunderlichen Ansicht, daß er gegen die Regierung gerichtete Themen doch nicht drucken dürfe. Erst als für den Vortrag die harmlose Ueberschrift „Unsere politische Lage“ gewählt wurde, konnte sich der gewillnhabende Herr zur Aufnahme des Vortrags entschließen.

Das Vorgehen ist natürlich ungesetzlich, und der Herr Landrat wird den Herrn Druckereibesitzer, selbst wenn es ihm schwer fallen sollte, hoffentlich zurechtweisen. Es kann übrigens mit freudiger Genugtuung konstatiert werden, daß Wilsenhausen, das schon bedenklich ins Wackeln ge-

raten war, glücklicherweise noch auf seinem alten Fleck steht.

Zur Hebung der Lage der Kellnerinnen hat die Kommission des katholischen und evangelischen Frauenbundes und des Marianischen Mädchenschulwesens in München ein weitgehendes Programm aufgestellt. Zur Durchführung desselben wurde zunächst ein Heim für Gasthofsgehilfinnen gegründet, sodann aber auch eine Eingabe an die königlich bayerische Staatsregierung und an die beiden Stammern des Landtages gerichtet mit Vorschlägen zur Einführung für notwendig erkannter Reformen. Die Eingabe fordert die Ausrottung der Anmierkeipen, dieser unlauteren Konkurrenz jedes anständigen Betriebes mit weiblicher Bedienung, und zwar durch Einführung des obligatorischen Bedürfnisnachweises für Gast- und Schanklokale. Ferner wird gewünscht, daß als Altersgrenze zur Ergreifung des Kellnerinnenberufs das 21. Lebensjahr festgesetzt wird. Anstelle der gewerblichen Stellenvermittlung sollen gemeinnützige unentgeltliche paritätische Arbeitsnachweise für Gastwirtschaftsgehilfinnen geschaffen und dem Wirt die Verpflichtung auferlegt werden, seinem weiblichen Personal einen festen Lohn zu zahlen. Die gesetzlich festgelegte Ruhezeit soll von 8 auf 9 Stunden verlängert und an den Sonn- und Feiertagsvormittagen zum Kirchenbesuch freie Zeit gewährt werden. Um dem häufigen Stellenwechsel vorzubeugen, wird eine Aenderung der Kündigungsvorschriften gewünscht, außerdem eine strenge Kontrolle der Gastwirtschaftsbetriebe mit weiblicher Bedienung durch Vernehmung der weiblichen Beamten der Gewerbeinspektion.

Diese Forderungen sind durchaus berechtigt. Die in den Gastwirtschaften beschäftigten weiblichen Personen könnten aber selbst zur Verbesserung ihrer Lage und zur Hebung ihres Standes viel beitragen, wenn sie sich zu einer Organisation zusammenschließen. Freilich sind die bisher auf diesem Gebiete erzielten Erfolge leider noch sehr gering. Das darf aber nicht hindern, immer und immer wieder auf die Notwendigkeit der Organisation hinzuweisen.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Stettiner Konfektionsindustrie dauert nunmehr 7 Wochen, ohne daß auch nur die geringste Aenderung in der Situation eingetreten wäre. In der Aktiengesellschaft für Büstenindustrie in Striegau sind Differenzen ausgebrochen. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Firma nach den neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung die Arbeitszeit der Arbeiterinnen um eine Stunde verkürzen, für 2 Stunden aber den Lohn abziehen will. Jetzt geht sie noch weiter. Auch den Schloßern, Drechern und Hobelern soll der Wochenlohn um 2 Stunden verringert werden. Als die Arbeiter verlangten, daß ihnen weiter der jetzt gültige Lohn bezahlt würde, kündigte ihnen die Direktion, der Zugang nach Striegau ist deswegen vorläufig ferngehalten. In einer Lohnbewegung befinden sich die Zuschneider in den Schuhfabriken von Wermelskirchen. Sie erlitten wie ihre Kollegen in den Nachbarorten eine kleine Lohnzulage, und es ist zu hoffen, daß die Unternehmer den berechtigten Wünschen Rechnung tragen. In Liegnitz und Lauban sind die Konfektionsknechtchen in den Streik getreten, da die Unternehmer sich weigern einen Tarif abzuschließen und jede Verhandlung mit den Arbeitern drohend abgelehnt haben. In der Eisenkonstruktionsfabrik von Stumpf in Wermelskirchen sind die Arbeiter Forderungen gestellt, die Vertrauensmänner gemäßigelt. Die Folge war, daß sämtliche Arbeiter in den Streik traten. In der Schuhfabrik von Dorndorf in Breslau sind Differenzen ausgebrochen.

Die Buchdrucker in der holländischen Residenzstadt Haag sind in eine Bewegung eingetreten, um die von den Prinzipalen einseitig durchgeführte Verkleinerung der Lohnverhältnisse abzuwehren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in die Bewegung noch andere Orte mit hineingezogen werden. -- Gegen 1000 Suffragane befinden sich in Paris im Auslande, da die Unternehmer die Abschaffung der Ueberstunden- und Nachtarbeit, des Kost- und Looswesens, die Einführung eines wöchentlichen Ruhetages und einige andere Forderungen ablehnten. Da, wo die Unternehmer Entgegenkommen zeigten, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

„Eine seltsame Vertretung von Arbeiterinteressen“ wirft der „Korrespondent“ der Buchdrucker der sozialdemokratischen „Leipziger Volks-Ztg.“ vor. „In einer persönlich gehaltenen Notiz“, so schreibt der „Korrespondent“, „nimmt sie die auch für sie selbst vorbildliche Handlung des Buchdruckerbesitzers B. Meyer in Leipzig, der seinem

Personen zu Weihnachten den doppelten Lohn auszahlen ließ, zum Anlaß einer Kritik, wie sie nur blinder und verborbener Saß gegen alles, was Unternehmern heißt, zustande bringen kann". Zum Schluß sagt das Organ des Deutschen Buchdruckerverbandes:

Mit aller Deutlichkeit wird also dem Herrn Weber zu Beweisen gesucht, daß, wenn er sich nach der „Leipziger Volks-Zeitung“ richten wollte, er sein soziales Verständnis für seine Arbeiter sparen könnte. Es ist diese Begriffsverwirrung des Leipziger Arbeiterblattes eine so augenfällige, daß sie selbst alten Parteigenossen über die Hut schnur geht. Von einer offenen Stellungnahme gegen diese neueste Glanzleistung der „L. V.“ wollen einige der Betreffenden, wie sie uns ausdrücklich mitgeteilt haben, nur deshalb Abstand nehmen, weil sie fürchten, von ihrem eigenen Parteiblatt in der fattigam bekannnten Weise durch die Presse geschleift zu werden. Und so etwas nennt sich „Organ für das arbeitende Volk“!

**Kommentar überflüssig!**

Unter welchen Voraussetzungen der Tarifvertrag auch für Nichtorganisierte gilt, hat vor kurzem das Gewerbegericht zu Essen entschieden. Als Kläger trat ein Zimmergeselle auf, der bei einer Betonbaufirma kurze Zeit beschäftigt gewesen war. Eine Vereinbarung über den Lohn war nicht getroffen worden. Der Kläger beanpruchte den im Tarifverträge für das Baugewerbe für Zimmergesellen festgesetzten Stundenlohn. Die Beklagte Firma machte dagegen geltend, daß der Tarifvertrag für sie nicht maßgebend sei, weil sie kein Arbeitgeberbündnis angehört. Das Gewerbegericht gelangte trotzdem zu einer Verurteilung der Arbeitgeberin aus folgenden Gründen:

Die Entscheidung hängt von der Beantwortung der Frage ab, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Tarifvertrag auch für solche Personen maßgebend ist, die nicht einer der vertragsschließenden Parteien angehören, sondern vollständig außerhalb des Vertrages stehen. Denn es ist zwar der Kläger Mitglied einer der vertragsschließenden Organisationen, während die Beklagte keinem der am Tarifverträge für das Baugewerbe beteiligten Arbeitgeberverbände angehört. Das Gericht hält nun zunächst an dem bisher von ihm vertretenen Standpunkt fest, daß ein Tarifvertrag grundsätzlich feindschaftsverbindliche Kraft für solche Personen besitzen kann, die außerhalb der am Verträge beteiligten Organisationen stehen. Damit ist aber die Frage noch nicht endgültig zugunsten des Klägers entschieden. Denn es ist in der Rechtspredung bereits anerkannt worden, daß dem Tarifverträge in Fällen wie dem vorliegenden wenigstens subsidiäre Geltung zukommen kann, insofern die von ihm festgestellten Lohnsätze unter gewissen Voraussetzungen bei Mangel geeigneter Vereinbarungen als örtlich geltend können. Unstreitig ist zwischen den Parteien eine Lohnvereinbarung nicht getroffen. Dazu kommt, daß der Kläger als organisierter Arbeiter bei der Beklagten mit der Vorstellung eintrat, er werde den tarifmäßigen Lohn erhalten. Umgekehrt ist der Beklagten genau bekannt, daß in Essen weitaus die große Mehrzahl der Baugeschäfte an den Vertrag für das Baugewerbe angegeschlossen ist und mit ganz wenigen Ausnahmen überall die Tarifsätze bezahlt werden. Es wäre daher ihre Sache gewesen, die bei ihr eintretenden Arbeiter darauf hinzuweisen, daß in ihrem Gewerbebetriebe die Bestimmungen des Tarifvertrages nicht gelten und davon abweichende Lohnsätze gezahlt werden könnten. Tut sie dies nicht und unterläßt sie es ferner, mit dem Arbeiter Lohn zu vereinbaren, so erweist oder bestärkt sie in ihm den Glauben, daß auch sie den Tariflohn zahlt.

Von diesen Erwägungen ausgehend, ist das Gericht zu der Auffassung gelangt, daß im vorliegenden Falle, da eine Lohnvereinbarung nicht stattgefunden hat, der tarifmäßige Lohn, wenn nicht sogar als stillschweigend vereinbart, so doch mindestens als örtlich üblicher Lohn einzutreten hat.

Der Verband für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau hat in Berlin C., Müllerstr. 9, Teleph. Amt 3, 3791, Montag und Donnerstag von 11-1 Uhr einen weiblichen Lehrstellennachweis errichtet und sich in besonderen Mitteilungen an Mütter, Arbeiterorganisationen und an Fabriken mit Lehrbetrieb gewandt. In den Berliner Volksschulen wurden 7500 Aufforderungen an die Eltern der Mädchen verteilt, welche zu Eltern die Schule verlassen. In diesen Aufklärern wird auf die gänzliche Verunsicherung der Ausbildung der Mädchen und auf die daraus fließenden niedrigen Löhne hingewiesen. Dann heißt es: „Alles das kann von Grund aus geändert werden, wenn das Mädchen wie der Knabe eine ordnungsmäßige, mehrjährige Lehrzeit in Fabrik oder Werkstatt durchmacht. Dann steigt auch sie auf zum gelehrten Arbeiter und verdient nicht mehr

9-12, sondern 25-30 Mark wöchentlich. Sie braucht nicht dem Ersten, Besten die Hand zum Erhebende zu reichen, sie ist eine kräftige Stütze der Familie“. Eltern, welche ihre Töchter auf diesen neuen Weg führen und während 3-4 Jahre mit dem Kostgeld des Meisters 4-6 Mk. wöchentlich sich begnügen wollen, werden um baldige Anmeldung gebeten. Ebenso sind noch Meldungen von Meistern aus dem Tischler-, Glaser-, Buchbinder-, Buchdrucker-, Damenschneider-, Friseur-, Gärtner-, Elektrotechniker-, Photographen-, Tapezier-, Dekorateur-, Blumenbinderei-, Stuckateur- und Metall-Gewerbe, welche einen weiblichen Lehrling einstellen wollen, erwünscht. Die Lehrstellenermittlung ist für beide Teile kostenlos.

Alle schriftlichen Anfragen an das Bureau: Wischniewska, Berlin W., Martin Lutherstr. 16.

**Alkoholverbot in Schweden?** Der gewaltige Arbeitskampf in Schweden hatte bedeutende auch zur Folge, daß die Regierung, um Ausschreitungen und Ruhestörungen zu verhüten, ein allgemeines Alkoholverbot erließ. Dadurch ist der Zentralverband der schwedischen Abstinenzvereine veranlaßt worden, eine Volksabstimmung über die Frage zu veranstalten, ob schon die Zeit für die Einführung eines dauernden und vollständigen Alkoholverbotes in Schweden gekommen sei. Jeder Mann und jede Frau über 18 Jahre sollte persönlich aufgeführt und befragt werden. Bis zum 10. Januar sind allein in Stockholm 68 000 Menschen befragt worden, von denen 50 000 für und nur 3000 gegen das Verbot stimmten. Etwa 15 000 haben die Beteiligung an der Volksabstimmung abgelehnt. Wenn man aus diesem Ergebnis einen Schluß ziehen darf auf das ganze Land, so wäre dem Verbot eine riesige Mehrheit sicher.

**Tätigkeitsbericht: der Ortsverbände über das Jahr 1909.**

**Ortsverband Halle a. S.**

Wenn wir einen Rückblick auf das verlossene Jahr werfen, können wir mit dem Erreichten zufrieden sein. Zwar hätten die Resultate noch besser ausfallen können, und wir hoffen, daß sich die Kollegen in diesem Jahre noch energischer ins Zeug legen. Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in 7 Ortsverbandsversammlungen, 2 Vertreteritzungen, 4 kombinierten und 6 Vorstandssitzungen. Die Ortsverbandsversammlungen brachten uns einen Vortrag des Kollegen Kleins in Berlin über den „Arbeitskammergesetzentwurf“ und des Kollegen Ulrich über das „Anfallverfallungsrecht“, welche beide für unsere Mitglieder von hohem Interesse gewesen sind. Weiter wurde eine eigene Herberge für unsere durchreisenden Kollegen im Bäckergäßchen, Glauchastraße, eingerichtet, deren Benutzung wir den durchreisenden Kollegen warm empfehlen können. In einer außerordentlichen Versammlung sprach Herr Prof. D. v. Plum über „Die sozialen Aufgaben der Gemeinde“. Der Gesellschaft war ein Sommerfest und ein Herbstfest gewidmet, welche beide einen schönen Verlauf nahmen. Die Agitation war ebenfalls von Erfolg begleitet. Es gelang uns, den Bund der Frauen unserem Ortsverband anzugliedern. Auch wurde ein Ortsverein der Gemeindegewerbetätigen gegründet, welcher sich kräftig entwickelt. Dem deutschen Reichstage wurde eine Resolution unterbreitet, welche die Abänderung des Entwurfs eines Arbeitskammergesetzes betrifft. In die Stadtverwaltung wandten wir uns wegen der Wohnungsinspektion und Anwendung derselben bei Arbeitgebern, deren Angestellte sich in Kot und Logis befinden.

Die Gewerbegerichtsahlen ergaben die Wahl eines unserer Kollegen! bei den Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden haben wir auch einen kleinen Erfolg zu verzeichnen, da ebenfalls einer unserer Kollegen gewählt wurde.

Kunmehr liegt es an uns, alle Kräfte anzuspornen, um im neuen Jahre noch bessere Erfolge zu erzielen. Alle Kollegen müssen auf den Posten sein. Die Gleichgültigkeit, die noch viele befangen hält, muß aufhören. Es ist bedauerlich, daß die Diskuterabende, von denen wir uns auch einigen Vorteil zur Heranbildung tüchtiger junger Kräfte versprochen, so schwach besucht waren, daß wir dieselben wieder aufgeben haben. Auch die Ortsverbandsbibliothek könnte mehr gewürdigt werden.

Zum Schluß sei erwähnt, daß Visitationen des Zoologischen Gartens, des anatomischen Museums, von Schütters wissenschaftlichen Institut, der neuen Aktien-Bierbrauerei und des Wandertuberkulose-Museums vorgenommen wurden, an welchen die Kollegen sich sehr stark beteiligten, ein Zeichen für das Verständnis unserer Kollegen für alle Bildungsfragen.

Pruno Sinopi, Schriftführer.

**Ortsverband Kottbus.**

Unser Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 7 Ausschüß- und 2 kombinierten Sitzungen sowie drei Versammlungen. Es gehören ihm 5 Vereine mit circa 700 Mitgliedern an. Unsere Hauptarbeit im ersten Halbjahr war die Agitation. Obgleich sehr energisch vorgegangen wurde, konnten wir neunenswerte positive Erfolge nicht erzielen. Wir wollen aber die angefangenen Arbeiten nicht ruhen lassen und hoffen, daß es uns im neuen Jahre gelingen wird, das Angefangene mit einem Erfolge zu beenden. Dazu gehört allerdings noch sehr viel Arbeit, bei der uns hoffentlich alle Kol-

legen kräftig unterstützen. Was unsere sonstige Tätigkeit anbelangt, so wurde das Gesuch auf Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes erneuert. Auf verschiedene verkehrliche Berichte von Seiten unserer Gewerkschaft entschlossen wir uns, eine Preßkommission zu wählen, welche auch in den letzten Monaten in Tätigkeit getreten ist. Zu Durchführung der Gewerbegerichts- und Krankenlaffenwahlen sind wir einem Kompromiß mit anderen Korporationen eingegangen. Ferner ist noch zu berichten, daß auf Antrag des Ortsverbandes der Kollege Frey zahllich vom Ortsverein der Tischler als Schöffe für das Jahr 1910 ausgelost worden ist. Öffentlich gelangt es dem neuen Ausschüß im neuen Jahre, mit Hilfe aller intelligenten Kollegen, allen an ihn gestellten Fragen gerecht zu werden und zum Segen für unsern Verband zu wirken.

Paul Schröder, Ortsverbandschriftführer.

**Ortsverband Leipzig-West.**

Der Ortsverband, dem 5 Vereine angehören, erledigte seine Geschäfte in 6 Ortsverbandsversammlungen, 13 Vertreteritzungen, 2 kombinierten Ausschüßitzungen und einer Sitzung mit dem Ortsverband Leipzig. In den Ortsverbandsversammlungen wurden verschiedene Vorträge gehalten, u. a. über die „Weichsfinanzreform“ vom Herrn Sekretär Erich, über den „Ausbau des Arbeitsvertrages“ und den „Ausbreitungsverband“ vom Kollegen Berndt, Dresden, über „Die politischen Anschauungen in den Gewerbevereinen“ vom Kollegen Erkelens, Berlin, sowie über „Koalitionsrecht, der Streik im Mansfelder Bergrevier und der Generalfstreik in Schweden“ vom Herrn Sekretär Erich. Im Anschlusse an den letzten Vortrag wurde folgende Resolution angenommen und der Öffentlichkeit übergeben: „Der Ortsverband L.-West der Gewerbevereine S.-D. erblickt in dem Schutze und Ausbau des Koalitionsrechtes die dringendste Aufgabe der Sozialpolitik. Auch die Unterbindung am legitimen Gebrauche des Koalitionsrechtes muß unbedingt mit Freiheitsstrafe belegt werden“. Auch eine öffentliche Versammlung fand statt, in welcher der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt, Berlin über das Thema: „Weltausstellung und Arbeiterbewegung“ referierte. Der Vortragende übte durch seine überzeugenden und ehrlichen Worte einen mächtigen Eindruck auf die zahlreich anwesenden aus.

Ebenso beteiligten wir uns, verbunden mit den nationalen Arbeiter- und Schwestern-Organisationen, an der Gewerbegerichtsahl, bei der wir auf unsere gemeinsame Liste 5 Wähler durchbrachten. Zumeister ein Erfolg in der Hochburg der Sozialdemokratie! Bei der Wahl zur unteren Verwaltungsbehörde belanien wir ebenfalls einen Kollegen durch. Die Einweisung der Liste betreffs Heranziehung von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen hatte den Erfolg, daß von den beiden Leipziger Ortsverbänden 5 Kollegen ausgelost wurden. In dem sozialen Ausbildungskursus, welcher im März hier stattfand, beteiligten sich 2 Kollegen. Zu der Landeskonferenz in Chemnitz wurden 10 Kollegen vom Verbands delegiert.

So liegt uns wieder ein Jahr voller Arbeit hinter uns. Wir wollen hoffen, daß das neue Jahr auch in wirtschaftlicher Beziehung besser werde und die Kollegen mit frischem Mut zu unserer Fahne halten und für dieselbe kämpfen.

C. Schatz, Ortsverbandschriftführer.

**Ortsverband Mainz.**

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in acht Sitzungen, 3 gemeinsamen Vorstandssitzungen und vier Ortsverbandsversammlungen. In einer der letzteren hielt Kollege Erkelens einen Vortrag über „Nationale oder internationale Arbeiterbewegung“. In den übrigen sprach zweimal Kollege Jansen und einmal der Sekretär E. Wessert. Außerdem fanden 2 Versammlungen zu Anfang des Jahres in Eisenheim statt, um die Öffentlichkeit zu unterrichten, was die Gewerbevereine sind und was sie wollen. Ferner fand eine Beschäftigung einer neuzeitlich eingerichteten Großbrauerei in Wiesbaden sowie eine solche des Mainzer Krematoriums unter Führung von Fachleuten statt. An Unterhaltung bot der Ortsverband eine Rheinfahrt, eine Abendunterhaltung und eine Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung. Am Schlusse des Jahres bezieht der Ortsverband aus 5 Vereinen am Plage und 2 in der Umgebung. Zu unserem Rebanern wurden 2 Vereine, und zwar der Deutschen Kaufleute und der Schneider in Zahlstellen umgewandelt.

Auf dem Gebiete der Rechtsauskunfts-Erteilung wurde der Ortsverband mehrfach in Anspruch genommen. Verschiedene Invaliden- und Unfallrenten-Ansprüche wurden durch den Vorstehenden Herrn Mann und den Sekretär vertreten sowie eine große Zahl Schriftsätze aller Art unentgeltlich ausgefertigt.

Die schlechte finanzielle Lage ließ im abgelaufenen Jahre eine energische Arbeit, welche immer mit großen Kosten verknüpft ist, nicht zu. Unsere Aufgabe wird es im neuen Jahre sein, eine energische planvolle Agitation zu entfalten, wobei wir auch auf das Entgegenkommen der Verbandsleitung und der einzelnen Generalräte rechnen. Gleichzeitig aber sei an dieser Stelle allen Kollegen, die treu und mit Eifer die Gewerbevereinsache in Mainz unterstützt haben, herzlich Dank gezollt mit der Bitte, auch fernerhin ihre Mitarbeit in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Wiebe seinerzeit, damit das Wort nicht erfüllt, was Dr. Max Hirsch als Vermächtnis hinterlassen hat, daß das 20. Jahrhundert den Deutschen Gewerbevereinen gehört! Ein gutes Vorzeichen brachte uns schon die Jahreswende, indem der Ortsverein der Wajnschneiderbund Mainz mit etwa 60 Mitgliedern und der Frauenbund Mainz mit rund 70 Mitgliedern den Anschluß an den Ortsverband beabsichtigen haben bezw. vollziehen werden. Das sei ein Auspözen für jeden Kollegen, der es

ernit mit unserer Sache nimmt. Deshalb Glück auf zu neuen Taten im Jahre 1910.

E. Meffert, Sekretär.

Ortsverband Spanbau.

Der hiesige Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 12 Aufsicht, 3 kombinierten Sitzungen und zwei Verbandsversammlungen. Leider konnte der Ortsverband in manchen Dingen nicht so arbeiten, wie es hätte sein müssen. Daran trägt die Interesslosigkeit der Mehrzahl der Mitglieder einen großen Teil der Schuld.

Die Leitung des Ortsverbandes ist einem neuen Vorstande übertragen worden. Hoffen wir, daß es ihm vergönnt ist, bessere Erfolge zu erzielen als im vergangenen Jahre. Dazu ist es allerdings notwendig, daß jeder einzelne Kollege mitarbeitet.

H. Zabs, Ortsverbandschriftführer.

Gewerkevereins-Teil.

Profen. Die Monatsversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Stein- und Hilfsarbeiter fand am 16. Januar in Semmelwitz statt. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden durch Kassierer und Schriftführer erledigt. Sodann wurden die Beschlüsse des letzten Jahres vorgelesen sowie ein kurzer Rückblick über die Tätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre gegeben.

Vorstandsmitglieder, dann aber auch aller anderen Kollegen, stets auf dem Posten zu sein und für die Organisation einzutreten. Wenn ein jeder seine Pflicht nach seinem besten Können tut, wird es auch in diesem Jahre nicht schwer fallen, die Säumnigen aufzuräumen und neue Mitglieder zu gewinnen.

Koth b. Nürnberg. Bei der am 19. Januar stattgehabten Gewerbevereinswahl erzielte unser Ortsverband infolgedessen einen schönen Erfolg, als von den vier zu wählenden Beisitzern einer auf unsere Liste entfiel.

Stuttgart-Cannstatt. Nach einjährigem Bestehen eines Arbeitersekretariats für Württemberg veranstaltete die Ortsvereine Württembergs zu Ostern dieses Jahres ihre erste Bundestagesversammlung, zu denen die Ortsvereine Delegierte zu entsenden eingeladen sind.

Verbands-Teil.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.).

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.). Verbandshaus der Teusch'schen Gewerkevereine NO., Greifswalderstraße 221/228. Mittwoch, 2. Februar, Vortrag des Kollegen Jordan über: 'Zollpolitik'. Gäste sind herzlich willkommen.

Orts- und Bezirksverbände.

Nachh. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Kuchler, Ecke Hanemannplatz und Mühlentstraße. - Hamburg (F. r. Verb.). Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr präz. in Hüttenweg 8. - Disburger (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jansen, Friedrich-Wilhelmstraße, Distriktsabend.

straße 25, Patt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. - Weisenfels a. T. (Gesangsabteilung der Gewerkevereine). Übungsstunden jeden Dienstag, abends 8-11 Uhr im Vereinslokal 'Schweizerhaus', Schützenstraße. - Flerlohn (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhr. - Stettin (Sängerkor der Gewerkevereine). Die Übungsstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5. - Selters (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsbesprechung, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal G. Simon, Alter Markt. - Spremberg (Distriktsklub). Jeden Dienstag, abends von 8 bis 11 Uhr im Bureau, Sägerstraße 6. - Weisenfels (Distriktsklub der Gewerkevereine). Jeden Mittwoch 8 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. 'Schweizerhaus'.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Aufsendung erfolgt nicht. Im eigenen Hause nicht teurer wie zur Miete wohnen. Die Rentabilität des Eigenhausbaues. Von F. Flur, Agl. Baunspeltor. 21.-30. Laufend. Mit 50 Abbildungen. Preis 1 Mk. (Porto 10 Pfg.) Weidende Verlagsgesellschaft in Wiesbaden.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein Jahrgang 1909 auf kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsorganen und Vereinsbibliotheken 5, sonst 7 Mark bei vorheriger Einsendung des Betrages.

Uhren u. Goldwaren Ketten, Ringe, Armbänder etc. zu en gros Preisen direkt an Privat. Prachtkuhlen (320 Stk. stark) umsonst und portofrei. Lya-WeiseHermannKlaassen in Prenzlau, Postfach Nr. 199.

Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Rathenstraße 2/3 II. Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen u. a. schönsten und billigsten bei Th. Berkop, Oppeln 8.

Regenitz (Ortsverband). B.-Pflegerkarten beim Ortsverbandskassierer Wilhelm Krause, Glogauerstraße 58. - W. Gladbach-Weitzel (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkevereinsbureau, Scharpenstraße 180. - Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterstützung b. Robert Genter, Schramberg, Uhländstr. 18.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine. Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Heftchrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg. Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Girsch 160x280 mm. Preis 50 Pfg. Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. - Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkevereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk. Weltanschauung und Arbeiterbewegung von Karl Goldschmidt. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk. Sozialdemokratie u. Arbeiterchaft von Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg. Volks-Wirtschaftslehre von Dr. C. F. Fuchs. Preis 80 Pfg.